

sich jedenfalls nicht nur die Tendenz weiter fort, daß künftige Selige nur mehr in Teilen des Kirchenvolkes bekannt sind und über einen gewissen Rückhalt verfügen. Diesmal liegt sogar der Fall vor, daß ein Seliger wegen seiner Person wie erst recht aus Gründen, die mit seinem Lebenswerk zu tun haben, ausgesprochen umstritten ist. Im Fall von Escrivá de Balaguer wird sich die Verehrung auf dem

Opus Dei nahestehende bzw. ihm angehörende Kreise beschränken. Unbedenklich scheint das jedoch schon deshalb nicht zu sein, weil auch nach traditionellster Lesart in der katholischen Kirche gerade die Verehrung von Seligen bzw. Heiligen auf den „consensus fidelium“, die Zustimmung und innere Bejahung durch die Gläubigen angewiesen ist.

K. N.

che zu DDR-Zeiten unterzog, bzw. unterziehen mußte.

Am 25. April wurde eine Erklärung der fünf früheren Vorsitzenden der Kirchenleitungskonferenz in der DDR veröffentlicht, in der die (noch amtierenden) Landesbischöfe *Demke* (Magdeburg) und *Hempel* (Dresden) sowie die Altbischöfe *Krusche* (Magdeburg), *Leich* (Eisenach) und *Schönherr* (Ostberlin) feststellten: „Manfred Stolpe hatte das volle Vertrauen der Leitungsgremien des Kirchenbundes. Wir haben keinen Anlaß, in Frage zu stellen, daß Manfred Stolpe im Sinne des kirchlichen Auftrags und im Interesse der Menschen, für die er sich einsetzte, gehandelt hat.“ Daß Stolpes Auftrag auch Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit eingeschlossen habe, hätten „einige gewußt, ohne daß es in den Leitungsgremien des Kirchenbundes diskutiert worden wäre“. Das könne heute im Rückblick als Fahrlässigkeit erscheinen.

Die Erklärung betonte außerdem, die Akten der Stasi belegten auch im Blick auf die Menschen, von denen sie handelten, bestenfalls eine Seite der Wahrheit. Heute werde in verschiedenen Medien unter dem Eindruck, daß der Staatssicherheitsdienst alles gewußt habe, der Schluß gezogen, die Stasi habe alles im Griff gehabt. Damit werde eine „Beurteilung, mit der der Staatssicherheitsdienst sich selber täuschte“, zur historischen Wahrheit erhoben, als Anklage verwendet und zur „Untergrabung des Selbstbewußtseins der Menschen in Ostdeutschland“ benutzt.

Nach seiner Sitzung am 24./25. April äußerte der *Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland* seine Dankbarkeit über die Erklärung der fünf früheren Kirchenbundvorsitzenden und zitierte die Passagen der Erklärung, in denen Stolpe bescheinigt wird, er habe das volle Vertrauen der Leitungsgremien des Kirchenbundes gehabt. Die Vorwürfe gegen Stolpe müßten „schnell und sorgfältig“ geklärt werden; das könne in erster Linie Manfred Stolpe selber tun. Der Rat der EKD erklärte im Zusammenhang mit dem Fall Stolpe außerdem, es stehe für ihn außer Zweifel, daß die

Fall Stolpe: Die DDR-Kirche auf dem Prüfstand

Im Fall Stolpe, der jetzt schon seit Monaten diverse Kommissionen und Ausschüsse beschäftigt und in den Medien ein intensives Echo findet, geht es nicht nur um die Person des jetzigen brandenburgischen Ministerpräsidenten bzw. um seine Gespräche mit der Staatssicherheit der früheren DDR. *Manfred Stolpe* war dreißig Jahre lang an entscheidenden Schaltstellen innerhalb der evangelischen Kirche in der DDR tätig (von 1969 bis 1982 leitete er das Sekretariat des Evangelischen Kirchenbundes, von 1982 an war er Konsistorialpräsident der Ostregion der Berlin-Brandenburgischen Kirche und Stellvertreter der Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen) und war die wichtigste und einflußreichste Kontaktperson zwischen der Leitung der evangelischen Kirche und dem Staats- und Parteiapparat der DDR. Deshalb steht jetzt mit seinem „Fall“ auch das gesamte Verhalten der evangelischen Kirchenleitungen im früheren DDR-System auf dem Prüfstand.

Gleichzeitig geht es im Fall Stolpe auch um die schwierige Frage, wie die von der Gauck-Behörde ausgewerteten Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR zu bewerten sind, inwieweit Aussagen in diesen Unterlagen zuverlässige Rückschlüsse auf Verhalten und Einstellung der jeweiligen – in diesem Fall kirchlichen – Kontaktpersonen erlauben. Manfred

Stolpe wurde von der Stasi über Jahrzehnte hinweg als Informeller Mitarbeiter (IM) „Sekretär“ geführt und „abgeschöpft“. Die Gauckbehörde hat ihre entsprechenden Rechercheergebnisse in einem 60seitigen Bericht mit 600 Seiten Anlagen zusammengestellt.

Rat der EKD: Vertrauen für Stolpe, aber auch Klärungsbedarf

In der Diskussion über die Stasi-Kontakte von Manfred Stolpe haben sich zahlreiche Repräsentanten der evangelischen Kirche in den neuen Bundesländern zu Wort gemeldet. Stolpe selber stellte der Öffentlichkeit am 3. Mai acht kirchliche Persönlichkeiten aus der ehemaligen DDR vor, die von seinen Beziehungen zur Staatssicherheit wußten und die ebenfalls Kontakte zur Stasi unterhielten, um dadurch zur Lösung von Konfliktfällen zwischen dem DDR-System und der Kirche beizutragen und den begrenzten Handlungsspielraum der Kirche zu erhalten. Die Stellungnahmen kirchenleitender Persönlichkeiten aus der früheren DDR warnen durchweg vor vorschnellen Vorwürfen einer „Kumpanei“ Stolpes mit der Stasi und verteidigen grundsätzlich seine Tätigkeit als wichtigen, wenn auch nicht unproblematischen Teil der Gratwanderung, der sich die evangelische Kir-

Christen in der DDR überzeugend ihren Glauben gelebt hätten und daß „die Kirche nur aus dieser Kraft heraus ihren Beitrag zur Wende leisten konnte“.

Mit dem Fall Stolpe befaßte sich dann auch eine kurzfristig einberufene Sitzung des Rates des EKD am 8. Mai. An dieser Sitzung nahm auch Stolpe selber teil und stellte sich den Fragen der Ratsmitglieder. Im Anschluß an diese Sitzung sprach der Rat Stolpe wiederum sein Vertrauen aus, machte aber gleichzeitig weiteren Klärungsbedarf geltend. Es gebe keinen Anlaß anzunehmen, so der Ratsvorsitzende, Landesbischof *Klaus Engelhardt*, vor der Presse, Stolpe habe bei seinen Kontakten mit der Stasi „die Fronten gewechselt“. Es gebe eine Reihe von ungeklärten Fragen, etwa das Ausmaß von Gesprächen Stolpes über kirchliche Personalangelegenheiten. Die Leitung der Berlin-brandenburgischen Kirche hat im übrigen auf Wunsch Stolpes beschlossen, bei dem von der EKD-Synode im November 1991 eingesetzten Überprüfungsausschuß für Verdächtigungen gegenüber kirchlichen Mitarbeitern auf Stasi-Kontakte ein *Vorermittlungsverfahren* gegen den brandenburgischen Ministerpräsidenten zu beantragen.

Gegen vorschnelle Schuldvorwürfe

Vor Schwarzweißmalerei in der Beurteilung der Rolle der evangelischen Kirche in der DDR warnte der Bischof von Berlin-Brandenburg und frühere EKD-Ratsvorsitzende *Martin Kruse* vor der Synode seiner Landeskirche. Es sei nüchterne Zurkenntnisnahme der Fakten nötig, um nicht „die vielen treuen Christen im Lande, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeschlossen, böse zu schmähen“. *Kruse* warnte aber gleichzeitig vor einem „Medienverdruß“, in der evangelischen Kirche angesichts der häufigen Vorwürfe an die frühere DDR-Kirche, sie habe zu sehr mit dem System kooperiert und sich dadurch kompromittiert. Das Interesse der Medien signalisiere einen ungestillten Aufklärungsbedarf: „Etwas, womit die

Gesellschaft insgesamt nicht zu Rande kommt, mit der Wirklichkeit der letzten 40 Jahre unter den Bedingungen der DDR, wird nun stellvertretend der Kirche abverlangt.“

Bischof *Christoph Demke* griff in einer „Meditation“ zum Verhalten der evangelischen Kirche in der DDR (Frankfurter Rundschau, 2. 4. 92) den Vorwurf der „Kumpanei“ mit dem System an ihre Adresse auf und versuchte ihm dadurch entgegenzutreten, daß er ihn zunächst auf die gesamte DDR-Gesellschaft anwandte, um dann festzustellen: „Die Überlebenskumpanei in der DDR-Gesellschaft ist natürlich auch an der Kirche nicht einfach vorübergegangen.“ In den Leitungen der evangelischen Kirchen der DDR seien Grundsatzfragen seit Mitte der 70er Jahre nicht mehr angestritten worden. Die Neigung zum unklaren Kompromiß habe überwogen. Auch die Klarheit der kirchlichen Rede habe unter den „Gesamtgewohnheiten“, dem gesellschaftlichen Klima in der DDR gelitten.

In einen gesamtdeutschen Rahmen stellte der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesregierung, *Heinz-Georg Binder*, die Frage nach dem Weg der evangelischen Kirche zu DDR-Zeiten (FAZ, 6. 5. 92). *Binder* wandte sich gegen pauschale Schuldvorwürfe gegenüber der Kirche: Über das, was Kirchenvertreter in der DDR im Kontakt mit Staatsorganen, auch mit der Staatssicherheit, für drangsalierte Bürger und ihre Kirche zu erreichen versucht hätten, stehe dem Westen ohnehin kein Urteil zu. Gleichzeitig stellt *Binder* jedoch kritische Fragen an Ost wie West, die sich vor allem an der Einschätzung des DDR-Sozialismus festmachen. Zur Haltung evangelischer Kirchenvertreter in der früheren DDR: „Die Grundidee (des Sozialismus) schien gut, das ließ zwar über die Mängel in der Realität nicht hinwegsehen, man meinte aber, sie um des Zieles willen leichter ertragen zu können.“ Zu den Versäumnissen auf westlicher Seite: „Weil wir den Frieden in der Welt bewahren wollten und auch den Entspannungsprozeß, aber auch, weil wir die Verbindungen zwischen den Kirchen in Ost und West nicht gefährden

wollten, haben wir zu oft und zu lange geschwiegen.“

Die *katholische Kirche* in der ehemaligen DDR wie in den alten Bundesländern spielt in der bisherigen Auseinandersetzung sowohl über den Komplex Kirche – Stasi wie über das Verhältnis der Kirchen zum DDR-System überhaupt eine *Nebenrolle*. Es fehlt aber nicht an katholischen Stimmen aus den neuen Ländern, die die evangelische Kirche und ihre Repräsentanten gegen überzogene und vorschnelle westliche Vorwürfe der Kumpanei bzw. der kompromittierenden Zusammenarbeit mit dem früheren Regime in Schutz nehmen und die Fixierung der Diskussion auf die Aussagen in den Stasi-Akten bedauern.

Evangelisch-katholische Solidarität

So äußerte der jetzige Jenaer Pfarrer *Karl-Heinz Ducke*, früher katholischer Moderator des Ostberliner „Runden Tisches“, unlängst bei einem Vortrag in Wien, es sei ihm unverständlich, daß man heute der evangelischen Kirche ihren Dienst nicht danke, den sie für die kritischen Gruppen in der DDR geleistet habe, sondern Leute wie Manfred Stolpe der Kollaboration beschuldige. Bischof *Joaachim Wanke*, der Apostolische Administrator in Erfurt, rief die Katholiken bei einer Tagung der Katholischen Akademie Berlin dazu auf, die evangelischen Schwesterkirchen von ihren wirklichen Intentionen zu verstehen und nicht von dem, was ihnen jetzt von außen unterschoben werde.

In *Sachsen-Anhalt* veröffentlichten die beiden evangelischen Landeskirchen und das Bischöfliche Amt Magdeburg Ende April eine *gemeinsame Erklärung*, in der die Gemeinden dazu aufgerufen werden, sich bei der Diskussion über kirchliche Stasi-Verstrickungen nicht auseinanderdividieren zu lassen. Weder die evangelische noch die katholische Kirche wolle sich „auf Kosten der Schwesterkirche“ profilieren. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR scheine heute größere Erfolge zu erzielen als vor 1989. U. R.